

Anhang III
Presseschau
Zeitungsberichte
zu den
Arbeitstagungen

Hier sind einige von den Zeitungsartikeln wiedergegeben, die während seiner Entstehung über das Bürgergutachten für Gesundheit erschienen sind.

Augsburger Allgemeine/Allgäuer Zeitung vom 30. Juli 2003

Gesucht: Gesundheitsreform von unten

Bayerns Gesundheitsminister Eberhard Sinner lässt die Bürger wieder als Gutachter arbeiten

Von unserem Redaktionsmitglied
Till Hofmann

München
Welche Reform des Gesundheitswesens wünschen sich Bayerns Bürger? Welche Vorschläge haben Patienten und Beitragszahler von einem gerechten, zukunftsfähigen Sozialsystem? Antworten auf diese Fragen soll ein neues Bürgergutachten bringen, das der bayerische Gesundheitsminister Eberhard Sinner (CSU) auf den Weg bringt.

Die Bürger und nicht etwa Lobbyisten und Verbandsfunktionäre sollen ab September erarbeiten, wie sie sich die Gesundheitspolitik der Zukunft vorstellen.

Der Zeitpunkt, sich des Themas zuzuwenden, heißt es aus der Umgebung des Gesundheitsministeriums, entbehre nicht einer ge-

wissen Brisanz. Kein Tag vergeht zurzeit, an dem nicht über den zwischen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und dem Unions-Gesundheitsexperten Horst Seehofer (CSU) ausgehandelten Reformkompromiss heftig gestritten wird. Und jetzt kommt Seehofers Parteikollege Sinner und will bürgernahe Argumente für eine „Reform von unten“ liefern.

Das sei kein bayerisches Kontrastprogramm, versichert der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Christoph Spindler, in München. „Wir verfolgen einen anderen Ansatz. Bereits beim Verbraucherschutz haben wir die Bürger erfolgreich eingebunden. Nicht Fachleute, Gremien und Interessensgruppen sollen vornehmlich zu Wort kommen, sondern diejenigen, die von möglichen Gesetzesänderungen betroffen sind.“

Vermutlich 18 Arbeitsgruppen im gesamten

Freistaat, die sich jeweils aus 25 zufällig ausgewählten Personen zusammensetzen, wirken in zeitlicher Abfolge zwischen September und März an dem Bürgergutachten für die Gesundheit mit. Bislang konnten bereits 27 Verbände und Expertenkreise gewonnen werden, die bereit sind, die Bürger durchaus kontrovers über Einzelaspekte zu informieren.

Danach geht es in wechselnden Kleingruppen ohne die vorherigen Informanten darum, einen eigenen Standpunkt zu formulieren, Vorschläge zu machen. Themenschwerpunkte werden laut Spindler Prävention, Gesundheitsförderung und „Volkskrankheiten“ sein.

Auch Schwaben ist wie beim Verbraucherschutz wieder mit von der Partie: Das Ministerium hat eine Stadt und einen Landkreis für die Mitarbeit ins Auge gefasst. Am 18. August wird Sinner Ideen, Inhalte und Ziele des neuen Bürgergutachtens vorstellen.

Frankfurter Rundschau vom 19. August 2003

In Bayern wird dem Volk aufs Maul geschaut

Zufällig ausgewählte Bürger sollen der Politik Ratschläge zur Gesundheitsreform erteilen

Von Iris Hilberth

In Bayern sind erneut die Bürger gefragt. Nach einem Gutachten zum Verbraucherschutz werden sie jetzt von der Staatsregierung aufgefordert, sich mit dem Thema Gesundheit auseinander zu setzen und Empfehlungen für die Politik abzugeben.

MÜNCHEN, 18. August. Post aus dem Verbraucherschutzministerium: 400 Männer und Frauen in acht bayerischen Städten fanden unerwartet eine Einladung des Ministeriums im Briefkasten. Per Zufallsprinzip waren sie ausgewählt worden. Von September an sollen sie an einem Bürgergutachten für Gesundheit mitwirken und so „aktiv in die Diskussion um die Neuordnung des Gesundheitswesens eingebunden werden“.

Vier Tage lang, jeweils acht Stunden, sollen sie sich in Kleingruppen mit Prävention, Krankenkassen, Finanzierungsfragen und Behandlungsleitlinien auseinandersetzen. „Wir wollen die Meinung von Otto und Ottilie Normalverbraucher und deren mögliche Lösungsvorschläge erfahren“, sagt Minister Eberhard Sinner (CSU). Schließlich seien sie die Hauptbetroffenen und zugleich wesentlichen Akteure im Gesundheitssystem. Außerdem: „Aussagen von Bürgern für Bürger sind glaubwürdiger.“ Bereits beim Thema Verbraucherschutz habe sein Haus gute Erfahrung mit dieser Methode gemacht, allein die Ansichten von Experten reichten ihm nicht.

Anders als bei Umfragen wolle man mit dem Bürgergutachten den Leuten die Möglichkeit geben, intensiv darüber nachzudenken, bevor sie sich eine Meinung bilde-

ten. Gerade bei der Gesundheit sei die Eigenverantwortung der Bürger wesentlich gefragt, so Sinner. Bisher seien diese aber nicht gefragt worden. Nun ist das Gesundheitswesen allerdings eine hoch komplizierte Materie, mit der nicht nur Laien ihre Schwierigkeiten haben. Der Plan der vom Ministerium beauftragten Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaftler Hilmar Sturm und Christian Weilmeier sieht daher vor, dass die Teilnehmer von verschiedenen Referenten „möglichst kontrovers“ informiert werden.

Sinner hofft, durch diese Methode vor allem auch Menschen zu erreichen, die sonst nicht politisch aktiv sind. Diese Gruppe bezeichnet er als „schweigende Masse“. Natürlich weckt er damit hohe Erwartungen, denn die Bürger wollen ihre Vorschläge auch umgesetzt sehen.

Landshut aktuell vom 20. August 2003

aktuell

Seite 15

Experten lassen Bürger zu Wort kommen

Bürger aus dem Landkreis sollen mithelfen, Grundlinien einer Gesundheitsreform zu finden

Die Experten wollen es wissen und als erstes greifen sie zu den Mitteln der Statistik: 350 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Landshut bekommen in den nächsten Tagen Post von der „Gesellschaft für Bürgergutachten“ (München), die sie im Auftrag des bayerischen Gesundheitsministeriums befragen wird zu einer breiten Themenpalette rund um die Gesundheit des Menschen. Am Ende dieser Untersuchung stehen Arbeitstagen: Dabei werden dann 50 Niederbayern (aus dem Landkreis und der Stadt Landshut) eben-

Gesundheitsministeriums folgen. Jeder Regierungsbezirk ist vertreten: Für Niederbayern wurden der Landkreis und die kreisfreie Stadt Landshut als diejenigen Gebietskörperschaften bestimmt, aus denen Bürger ausgewählt werden. Vom 15. bis zum 18. September diskussionsfreudige Bürger aus dem Landshuter Raum „vor Ort in zwei Arbeitstagen Grundlinien einer Gesundheitsreform erarbeiten“, wie das Gesundheitsministerium mitgeteilt hat.

Das Spektrum der Themen, die bei diesem Projekt angeschnitten, erörtert und analysiert werden, reicht von Fragen der gesunden Ernährung bis hin zu der auf politischer Ebene derzeit bundesweit umstrittenen „Bürgerversicherung“. Die für das Projekt zufällig ausgewählten Bayern werden bei den Arbeits-

tagungen durch Experten näher informiert. Nach den Referaten der Fachleute diskutieren die Bürger in Gruppen von je fünf Teilnehmer Probleme des Gesundheitswesens und machen Lösungsvorschläge. Von Seiten der „Gesellschaft für Bürgergutachten“ stehen den Teilnehmern jeweils zwei „Prozessbegleiter“ zur Seite.

Zweck und Ablauf des Verfahrens werden in dem Brief der Gesellschaft für Bürgergutachten an die ausgewählten Bürger und in einem Begleitschreiben des Staatsministers erläutert. Falls sich zu viele zur Teilnahme bereit erklären, muss noch einmal das Los entscheiden: Per Zufallsverfahren wird die Zahl auf jeweils genau 50 aus jedem Regierungsbezirk erreicht ist.

„Es nicht möglich, sich aus eigenem Antrieb für die Erarbei-

tung dieses Gutachtens zu melden. Nur die zufällig ausgewählten Bürger haben die Möglichkeit, auf diese Art an der Formulierung einer Gesundheitsreform mitzuarbeiten“, erläutert das Gesundheitsministerium. Damit werde ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung erreicht: „Gerade Menschen, die bisher kaum nach ihrer Meinung gefragt worden sind und die sich nicht schon ohnehin engagieren, sollen mitarbeiten – die schweigende Mehrheit.“

Die Ergebnisse aller 16 Arbeitstagen in Bayern werden schließlich von den unabhängigen Projektleitern Hilmar Sturm und Christian Weilmeyer zu einem „Bürgergutachten für Gesundheit“ zusammengefasst. Im Landshuter Rathaus ist für Bürger aus dem Landkreis und der Stadt Landshut eine gemeinsame

Anlaufstelle der Gesellschaft für Bürgergutachten eingerichtet worden. Dort können sich die ausgewählten Bürger persönlich darüber informieren, was sie im Einzelnen erwartet, wenn sie an dem Projekt teilnehmen.

Das „Bürgergutachten für Gesundheit“ orientiert sich an „Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern“, das 2002 veröffentlicht wurde. Dabei haben 425 zufällig ausgewählte Bürger an fünf Orten in Bayern eine Prioritätenliste zum Verbraucherschutz in Bayern erarbeitet. Vor einigen Wochen legte Gesundheitsminister Eberhard Sinner dazu einen Umsetzungsbericht vor, in dem sein Ministerium alle Maßnahmen aufgeführt hat, die aufgrund des Bürgergutachtens zum Verbraucherschutz ergriffen wurden.

„Es geht um das Bürgergutachten für Gesundheit, durch das Bayerns Gesundheitsminister Eberhard Sinner die Bürger direkt mitreden lassen will bei der Erarbeitung einer grundlegenden Gesundheitsreform“, heißt es in einer Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. Die Leitung des ehrgeizigen Unterfangens liegt in den Händen von Dr. Hilmar Sturm und Christian Weilmeyer von der „Gesellschaft für Bürgergutachten“.

Im Rahmen dieses Projekts werden in Bayern insgesamt 16 Arbeitstagen Bürgern stattfinden, die der Einladung des

FOCUS
vom
11. August 2003

Bürger als Gutachter

In der Diskussion über die Gesundheitsreform setzt Bayern auf den gesunden Menschenverstand. 450 zufällig aus den Einwohnermeldeeregistern ausgewählte Bürger sollen sich ab September im Auftrag des Gesundheitsministeriums des Freistaats den Kopf über das Gesundheitswesen zerbrechen. Die Ergebnisse werden in einem „Bürgergutachten“ festgehalten, das voraussichtlich im Mai nächsten Jahres vorliegt.

Geplant sind 18 Arbeitsgruppen à 25 Teilnehmer, die je vier Tage in Klausur gehen, sich von Fachleuten informieren lassen und dann ihre Vorschläge formulieren. Ein Schwerpunkt soll die Gesundheitsvorsorge sein.



Praxistest: Bayern fragt seine Bürger um Gesundheitsrat

Münchner Merkur
vom
19. August 2003

Gesundheit: Bürger sollen Reform ersinnen

München (mm/lby) – Bayerns Bürger sollen eigene Ideen für das deutsche Gesundheitswesen entwickeln. Gesundheitsminister Eberhard Sinner (CSU) stellte in München das Konzept eines so genannten Bürgergutachtens vor. Unter der Obhut von Fachleuten sollen sich 16 regionale Arbeitsgruppen in neun bayerischen Orten Gedanken zur Reform der Gesundheitspolitik machen. Per Zufallsverfahren wählt die „Gesellschaft für Bürgergutachten“ insgesamt 400 Laiengutachter aus. Die freiwillig Mitwirkenden müssen mindestens 16 Jahre alt sein und werden verschiedene Gesellschaftsschichten repräsentieren. Mitte September sollen die Laiengutachter ihre Arbeit aufnehmen. Vier Tage lang werden sie Probleme des Gesundheitswesens analysieren und Reformen erarbeiten. Welche Beachtung das Gutachten haben wird, hängt dann von den Politikern ab.

Der neue Tag, Weiden i. d. Opf., September 2003

Vier Tage Seehofer oder Schmidt sein

50 Frauen und Männer aus dem Landkreis arbeiten an Bürgergutachten zur Gesundheitspolitik

Neustadt/WN. (pfs) Auf der Suche nach der richtigen Therapie für das kränkelnde Gesundheitssystem holt sich Eberhard Sinners Ministerium Rat bei rund 400 bayerischen Laiendoktoren aus allen Regierungsbezirken. Zufällig ausgewählte Frauen und Männer ab 18 Jahren sollen ein Bürgergutachten über ihre Vorstellungen von der Zukunft des Gesundheitswesens im Freistaat erarbeiten.

50 Personen aus dem Landkreis Neustadt repräsentieren dabei die gesamte Oberpfalz. Im Auftrag des bayerischen Gesundheits- und Verbraucherschutzministeriums sollen die Freiwilligen ihre Vorstellungen einer richtungweisenden Gesundheitspolitik in zwei Gruppen an vier Tagen von 20. bis 23. Oktober erarbeiten.

Koordiniert wird die Aktion von der „Gesellschaft für Bürgergutachten“

aus Landshut. In der Hauptstadt Niederbayerns machten sich am Mittwoch die ersten beiden Arbeitsgruppen ans Werk. Bereits im Zuge der BSE-Krise hatte das Ministerium im September 2001 Bürger nach ihren Vorstellungen zum Thema Ernährung und Lebensmittel gefragt. Damals war der Landkreis Tirschenreuth als Modellregion ausgewählt worden.

600 Bürger angeschrieben

Nun also die Gesundheitspolitik. Die beiden Gruppen aus dem Landkreis Neustadt/WN sind zwei von insgesamt 16 „Planungszellen“, in denen Otto Normalbürger den Kitzel von Ulla Schmidt und Horst Seehofer überziehen dürfen.

Im Auftrag der Landshuter Gesellschaft leitet die Altenstädterin Karin Hannes vor Ort die Vorbereitungen in die Wege. Rund 600 Landkreisbürger hat sie angeschrieben, ob sie dem Gesundheitswesen den Puls fühlen wollen. Ein Zufallsgenerator hat in den Einwohnermeldeämtern zwischen



Karin Hannes.

Bild: Popp

Esarn und Kirchenthumbach jeden Fünferhnten oder Zwanzigsten ausgewählt.

Wie Landratsamts-Pressesprecher Rupert Troppmann mitteilte, rechnen

die Landshuter mit zehn bis zwölf Prozent Zusagen. Unter Anleitung von Experten erarbeiten die Teilnehmer Konzepte als künftige Entscheidungsgrundlage auf politischer Ebene.

Kinderbetreuung und Geld

Die beiden Neustädter Planungszellen treffen sich im Landratsamt beziehungsweise im Rathaus der Kreisstadt. Am Montag und Dienstag sind die ersten Schreiben rausgegangen. Hannes hat bereits die ersten sechs positiven Rückmeldungen. Die Betreuerin im Landratsamt beantwortet telefonisch weitere Fragen. Sie kümmert sich außerdem um Kinderbetreuung während des viertägigen Workshops, oder hilft bei Fragen zur Freistellung vom Job.

Nachteile soll es für keine der freiwilligen Sprechstundenhilfen des Ministers geben. 130 Euro Aufwandsentschädigung, Mittagessen, Getränke und Gebäck sollen dafür sorgen, dass das Engagement keine unangenehmen Nebenwirkungen hat.

Landshuter Zeitung vom 18. September 2003

Gesundheitsminister setzt aufs Mitmachen

„Realitätsnah und glaubwürdig“

Landshuter Zeitung
18.09.03

Eberhard Sinner sprach zum Auftakt des Bürgergutachtens für Gesundheit

„Die Bürger müssen in die Politik einbezogen werden.“ Also hat Gesundheitsminister Eberhard Sinner (CSU) ein Bürgergutachten für Gesundheit in Auftrag gegeben. In diesen sollen die Teilnehmer Vorschläge erarbeiten, die insbesondere ein auf Prävention und Gesundheitsförderung ausgerichtetes Gesundheitssystem zum Ziel haben. Die Bürger organisieren sich hierzu in 16 Gruppen. Die erste dieser so genannten Planungszellen hat ihre Arbeit am Montag in Landshut aufgenommen. Im „Berechnung“ machte sich der Minister gestern ein Bild vom Beginn des Projekts.

Einen Gegensatz zwischen Experten und Bürgern wollte Sinner nicht konstruieren. „Experten sind wichtig“, sagte der Minister. Allerdings sprach er sich von „abgehobenen Expertengremien“ und „Kommissionen“. Besonders nahm der Minister die von Roman Herzig und Bert Bärup geleiteten Kommissionen zum Sozialsystem aufs Korn. „Bei allem Respekt, ein Bürgergutachten wiegt schwerer als Herzig und Bärup zu-

sammen.“ Vorschläge von Bürgern haben Eberhard Sinner zufolge einen unschätzbaren Vorteil. „Sie sind realitätsnah und höchst glaubwürdig.“ Dies habe damit zu tun, dass jeder unmittelbar beteiligt sei, als Mitglied in einer Krankenkasse, als Arzt- und Krankenhausbesucher oder als Apothekenkunde.

Prävention am wichtigsten

Das Hauptaugenmerk in dem von Dr. Hilmar Sturm und Christian Weilmeyer konzipierten Gutachten wird auf Prävention gelegt. Denn im deutschen Gesundheitswesen würden nur vierzehn Prozent für die Prävention ausgegeben, sagte Sinner. Der Rest werde dafür aufgewandt, gesundheitliche Schäden zu beheben. Nur 17 Prozent der Deutschen gingen zu Vorsorgeuntersuchungen. Von der aktiven Bürgerbeteiligung verspricht sich Sinner Antworten auf diese und andere Fragen. Eine Kernfrage beschäftigt sich damit, wie Bürger eigenverantwortlich dabei mitwirken können, das Gesundheitssystem umzubauen.

Als ein Beispiel für Missstände im Gesundheitswesen prangerte Sinner



Oberbürgermeister Josef Deimer. Das ist ein Stück Partizipation.



Minister Eberhard Sinner kritisiert die „Kommissionen“.

die Fixierung auf Medikamente an. Wichtig sei es, dass sich Kinder in und außerhalb der Schule genügend bewegen. „Stattdessen wird Zappelphilippen oft Ritalin verpasst“, kritisierte er. Auch mit dem Thema Sucht beschäftigte sich Sinner. Um Askese gehe es dabei freilich nicht. Im Gegenteil: „Ein Schluck Wein ist ein Schluck Gesundheit“, sagte der Fränke. Problematisch werde es allerdings, wenn er literweise getrunken werde.

Aktivität gefordert

Oberbürgermeister Josef Deimer nannte das Bürgergutachten ein Stück Partizipation. „Oder auf Bayerisch: dem Volk aufs Maul schauen.“

Dieses dialogische Verfahren benötige freilich nicht nur den Witsch, sich zu beteiligen, sondern auch aktives Mit tun. Deshalb bedankte sich der Oberbürgermeister besonders bei den Bürgern, die sich einbringen.

Eine, die sich aktiv beteiligt, ist die Rentnerin Dismut Leonhard-Jäcklein. Zunächst sei sie sehr skeptisch gewesen. „Aber mittlerweile bin ich begeistert“, sagte sie. Ihr behagt vor allem der Umstand, dass die Gruppe querbeet gemischt ist. Alle Berufe und Altersklassen sind vertreten. Vor allem ist Dismut Leonhard-Jäcklein darüber froh, dass Themen trotz seltener völlig unterschiedlicher Standpunkte sachbezogen diskutiert werden. Siegfried Rüdiger

Am Gemeinwohl orientiert

Bürgergutachten in der Gesellschaft konsensfähig

Dem Bürgergutachten für Gesundheit legt die Gesellschaft für Bürgergutachten Folgendes zugrunde: In seiner jetzigen Reform ist das Gesundheitswesen nicht mehr finanzierbar. Doch es erzieht nicht, Einsparpotenziale auszunutzen, sondern es müsse grundsätzlich umgesteuert werden: hin zu mehr Vorsorge, direkter Prävention und Beteiligung der Bürger.

Das Bürgergutachten für Gesundheit erstellen 16 Arbeitsgruppen in allen bayrischen Bezirken. Eine Gruppe setzt sich aus 25 Bürgern zusammen. Diese werden repräsentativ per Zufallsverfahren ausgewählt. Vier Tage lang beschäftigen sich die Teilnehmer mit Themen wie „Weg der Prävention und Gesundheitsförderung“, „Unterstützende Maßnahmen des Staates und der Krankenversicherung“, „Medizin zwischen Schema und Individuum“ und „Finanzfragen der Krankenversicherung“.

Auf einer der Tafeln im „Berechnung“ werden gewählte Eckfelder einer verbesserten Krankenversicherung präsentiert: „Freie Arztwahl, Solidaritätsprinzip, flächendeckende Grundversorgung“, ist da etwa zu lesen.

Die Bürgergutachten werden zudem von verschiedenen Fachleuten in die einzelnen Themen eingeführt – und zwar so, dass zu allen Sach-

gebieten kontrovers informiert wird.

In unterschiedlich zusammengesetzten Kleingruppen, dem Herzstück des Ganzen, werden schließlich konkrete Vorschläge erarbeitet. Die Gesellschaft für Bürgergutachten: „Bemerkenswert ist die Tatsache, dass nach aller Erfahrung die Bürger sich schon nach wenigen Tagen auch in komplexer Materie zurecht finden und sich ein Fachwissen erarbeiten, das zu einem grundlegenden Urteil befähigt.“

Der Vorteil der Bürgerbeteiligung liegt laut den Organisatoren darin, dass sich in den Arbeitsgruppen keine Partikularinteressen durchsetzen. „Ihre Ergebnisse orientieren sich am Gemeinwohl und sind in der Gesellschaft konsensfähig.“

Die Ergebnisse sollen nicht in den Papierkorb wandern oder in irgendeiner Schublade verschwinden. Sie sollen vielmehr so weit wie möglich umgesetzt werden. Das Bürgergutachten zum Verbraucherschutz etwa sei in das entsprechende Gesetz eingeflossen, sagte Gesundheits- und Verbraucherschutzminister Eberhard Sinner gestern.

Das Bürgergutachten wird bayernweit voraussichtlich im kommenden Mai fertiggestellt. –rüd–



IM FREISTAAT SIND 400 Männer und Frauen für das Projekt Bürgergutachten für Gesundheit ausgewählt worden. Eine von 25 Teilnehmern in Landshut ist Dismut Leonhard-Jäcklein. Zuerst war sie sehr skeptisch. „Aber mittlerweile bin ich begeistert.“ (Foto: rüd)

Saale-Zeitung
vom
14. Januar 2004
→

Neue Presse, Coburg, vom 9. Oktober 2003 ↓

BÜRGERGUTACHTEN FÜR GESUNDHEIT:

Jetzt ist die schweigende Mehrheit am Zug

50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Kronach erarbeiten stellvertretend für Oberfranken Ideen und Lösungsvorschläge

Seit Montag und noch bis zum heutigen Donnerstag zurechnen sich stellvertretend für ganz Oberfranken 50 Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Landkreis Kronach die Köpfe darüber, wie das Gesundheitswesen der Zukunft aussehen könnte. Sie alle beteiligen sich am Bürgergutachten für Gesundheit, das vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz initiiert worden ist.

KRONACH - Das Bürgergutachten für Gesundheit orientiert sich am Bürgergutachten zum Verbraucherschutz, das im Jahr 2002 veröffentlicht wurde. Dabei erarbeiteten 425 Bürger an fünf Orten des Freistaates eine Prioritätenliste zum Verbraucherschutz. Einen Umsetzungsbericht dazu hat Minister Eberhard Sittner vor einigen Wochen vorgelegt. Das Staatsministerium hat

nach den guten Erfahrungen erneut diesen Weg eingeschlagen, um die Bevölkerung auch bei der Neuorientierung des Gesundheitswesens aktiv einzubeziehen, erläutert Ministerialrat Josef Seidl im Gespräch mit Journalisten am Mittwoch im Landratsamt Kronach. Mit dem Ergebnis wird für Mitte nächsten Jahres gerechnet. Das Bürgergutachten wird von 16 Arbeitsgruppen an acht Orten aus allen bayerischen Bezirken erstellt. Per Zufallsverfahren sind dazu Bürgerinnen und Bürger aller Bevölkerungs-schichten und Berufsgruppen ab dem Lebensalter von 16 Jahren aus den jeweiligen Einwohnerminderergrößen ausgewählt worden. Einzige Einschränkung: Die Teilnehmer dürfen kein politisch hervorgehobenes Amt bekleiden. Landtagsabgeordnete oder Landräte etwa bleiben also außen vor.

In Kronach sind es 50 Frauen, Männer und Jugendliche, die sich vier Tage und je acht Stunden lang gegen eine Pauschale von 130 Euro plus Verpflegung mit Fragen rund um die Zukunft des Gesundheitswesens befassen – und zwar repräsentativ für Oberfranken. In der Regel müssen sie sich, um überhaupt teilnehmen zu können, selbst umhersehen oder Urlaub bei ihrem Arbeitgeber oder der Schule bemühen. In Einzelfällen, etwa bei Landwirten oder Geschäftsleuten, bemüht sich die Gesellschaft für Bürgergutachten darum, Ausnahmen zu beschaffen. „Im Durchschnitt liegt die Zusatzquote der von uns Angeschriebenen bei zwölf Prozent, in Kronach haben wir mit 14 Prozent die bisher höchste Zahl an Teilnehmewilligen“, zeigt sich Projektleiter Christian Weilmier angenehm überrascht.

Dies Gesellschaft für Bürgergutachten ist vom Bayerischen Verbraucherschutzministerium als „unabhängige Durchführungsgesellschaft“ mit der Leitung und der Organisation des Projektes Bürgergutachten für Gesundheit beauftragt worden – und zwar von den Referenten bis zum Hotelzimmer“, gibt Christian Weilmier zu verstehen. Dem darauf so unterrichtet Ministerialrat Seidl, lege das Ministerium großen Wert: „Die Thematik wird von uns gestellt, die Diskussion selbst aber ist ergebnisoffen. Nichts wird von uns beeinflusst“.

Während bei Umfragen auf der Straße die Fragestellung vorgegeben sei, könnten beim Bürgergutachten völlig neue Ideen zur Lösung von Problemen zur Sprache kommen. Darüber hinaus werde die reine Expertenperspektive überwunden: „Wir wollen die sonst schweigende Mehrheit erreichen, nicht die Mehrheit“, umschrieb Josef Seidl neben der allgemeinen Transparenz eines der Hauptziele des Projektes.

Als Basis der Beratungen dient ein Arbeitsprogramm, das vom Durchführungsträger in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, Experten, Verbänden und Verwaltungen sowie weiteren für das Thema Gesundheit kompetenten Organisationen und Einzelpersonen erstellt wurde. Um den Teilnehmern das nötige Wissen zu vermitteln, stehen Referenten zur Verfügung, die so ausgewählt wurden, dass zu allen Sachgebieten kontrovers informiert wird, erläuterte der Projektleiter das Projekt. In Kleingruppen bis zu fünf Teilnehmer werden Lösungsvorschläge erarbeitet und später im Plenum vorgestellt und bewertet. Die Hauptaufgabe der strikt neutralen Prozessbegleiter besteht darin, auch wirklich jeden Teilnehmer zu Wort kommen zu lassen, unnötige und ausgedehnte Kontroversen zu vermeiden und die Dominanz von Meinungsführern zu verhindern, gab Weilmier einen weiteren Einblick. „Das, was die Bürger sagen, kommt auch ins Gutachten“, präzisierte er die wesentliche Grundkonstruktion des Projektes. Oder wie es Josef Seidl ausdrückte: „Forderungen in der Sprache des Bürgers“.

Nach Angaben des Ministerialrats habe man auf diese Weise bereits beim Bürgergutachten zum Verbraucherschutz gute Erfahrungen gesammelt. „Der Bürger will gut informiert sein und er will Verantwortung übernehmen“.

Diese Art der direkten Bürgerbeteiligung in Bayern eröffnet nach Auffassung von Josef Seidl gute Erfolgsaussichten, nicht nur Einsparpotenzialen im Gesundheitswesen ausfindig zu machen, sondern vor allem den Bereich der Prävention und der Gesundheitsvorsorge weiter zu stärken.

Zuvor hatte auch der Kronacher Landrat Oswald Marr auf die Bedeutung der Einbindung der Bevölkerung in wichtige Entscheidungsfindungen für beide Seiten hingewiesen. mb

MITTWOCH, 14. JANUAR 2003

BAD KISSINGEN



In Bad Kissingen tagen zwei Arbeitsgruppen zum Thema Bürgergutachten für Gesundheit. Bad Kissingen wurde als Standort für Unterfranken

ausgesucht, und Landrat Thomas Bold freute sich darüber. Insgesamt gibt es 16 Arbeitsgruppen aus allen bayerischen Bezirken. dFoto: A. Braur

Da rauchen die Bürgerköpfe

»Bürgergutachten für Gesundheit« entsteht derzeit im Landratsamt

Bad Kissingen. An der Ausarbeitung künftiger Grundlagen des Gesundheitswesens sollen auch betroffene Bürger/-innen beteiligt werden. Für dieses Verfahren wurde eine repräsentative Auswahl an Bürgern getroffen. Sie bekamen notwendige Informationen und Zeit zur Verfügung stellt, um sich grundlegend Gedanken über die Zukunft des Gesundheitswesens zu machen. Auch in Bad Kissingen. Und auch heute rauchen ihre Köpfe im Landratsamt.

Das ganze Projekt Bürgergutachten für Gesundheit steht unter Leitung des Bayerischen Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Die Gesellschaft für Bürgergutachten unter Leitung von Dr. Hilmar Sturm und Christian Weilmeyer ist die als unabhängig geltende Durchführungsträgerin. Das Projekt wird von 16 Arbeitsgruppen aus allen bayerischen Bezirken erstellt. Bad Kissingen wurde als Standort für Unterfranken ausgesucht. Landrat Thomas Bold freute sich darüber. Eine Arbeitsgruppe besteht aus 25 per Zufallsverfahren im Melderegister ausgewählten über 16-Jährigen, die sich vier Tage der Lösung eines vorgegebenen Problems widmen. Basis ist ein Arbeitsprogramm des Trägers, das gemeinsam mit Auftraggeber, Experten, Verbänden, Verwaltungen und in

Sachen Gesundheit kompetenten Organisationen und Einzelpersonen erstellt wurde. Das nötige Fachwissen bekommen die Teilnehmer von etwa 20 Referenten zu allen Sachgebieten mit kontroverse Informationen vermittelt.

Die Arbeitsgruppen sind im organisatorischen Ablauf im Vorfeld präzise strukturiert. Zentral ist die Kleingruppe. In ihr erarbeiten je fünf Teilnehmer Lösungsvorschläge und stellen sie im Plenum vor, wo sie bewertet werden. Die Kleingruppen tagen in wechselnder Zusammensetzung, um die Dominanz von Meinungsführern zu verhindern. Zwei strikt neutrale Prozessbegleiter sind dabei. Die Arbeitsgruppe tagt vier Tage zu acht Stunden. Langjährige Erfahrung und Forschungsarbeit beiegt laut Dr. Sturm, dass der Zeitraum ausreichend ist. Trotzdem fordert

dies teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern sehr konzentrierte Arbeit ab. Die Methode Bürgergutachten ist ein Beteiligungsverfahren, das davon ausgeht, dass jeder an der Lösung eines Problems mitarbeiten kann, wenn er genügend Informationen bekommt.

Nicht umsonst

Alle Teilnehmer/-innen bekommen eine Aufwandsentschädigung und, soweit nötig, eine Erstattung ihres Verdienstaufschlags. Darüber hinaus wird das Arbeitsmaterial kostenlos zur Verfügung gestellt. Insgesamt lässt sich das bayerische Gesundheitsministerium das Bürgergutachten 430 000 Euro kosten, sagte Projektleiter Dr. Hilmar Sturm auf Nachfrage unserer Zeitung. Bold nannte die Bürgerbeteiligung gut. Es sei besser, die Menschen einzubeziehen, als Gesetze zu verabschieden, denen sogleich ungezählte Änderungen folgen.

Was aber geschieht mit den Ergebnissen? Sie werden vom Träger festgehalten und zusammengefasst zum Bürgergutachten. Und damit das Gutachten auch wirk-

lich den Intentionen der Teilnehmer entspricht, wählt jede Arbeitsgruppe zwei Verantwortliche aus ihrer Mitte, die es vor der Veröffentlichung noch einmal gelesen. Der Auftraggeber ist an das Ergebnis zwar nicht juristisch gebunden. Die Erfahrung aber zeige, dass der Wille der Bürger Beachtung findet, so Dr. Sturm.

»Höhere Legitimation«

Denn anders als bei Umfragen, sei die Fragestellung beim Bürgergutachten nicht vorgegeben. Durch die heterogene und repräsentative Zusammensetzung fließen verschiedenste Perspektiven in die Entscheidungsfindung ein, die reine Expertenperspektive werde überwunden. Dies ist ein Vorteil gegenüber dem Experten Gutachten. Die Bürgerbeteiligung erhöhe die Legitimation der darauf basierenden Entscheidungen. Zudem stärke sie das Vertrauen in die Demokratie und deren Institutionen. Die Transparenz des Verfahrens durch Dokumentation sei ein weiteres Plus des Bürgergutachten.

Nürnberger Zeitung ↓

Donnerstag, 5. Februar 2004

Thema Gesundheitsreform

Bürger geben Anregungen

Prävention soll mehr in den Mittelpunkt rücken

Heute endet die viertägige Arbeitstagung des Bürgergutachtens für Gesundheit, die im Auftrag des bayerischen Staatsministers für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Vorschläge für eine grundlegende präventionsorientierte Gesundheitsreform erarbeitete.

Rund 50 Nürnberger aus unterschiedlichen Gesellschafts- und Altersgruppen setzten sich intensiv mit dem deutschen Gesundheitssystem auseinander. Dabei handelte es sich um Bürger, die vom statistischen Amt der Stadt nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden und die Bereitschaft hatten, sich an der Tagung zu beteiligen.

Bei der Veranstaltung wurde hauptsächlich darüber diskutiert, wie das Gesundheitswesen sich von der „Reparaturmedizin“ mehr in Richtung Präventionsmedizin entwickeln kann, erklärte Hilmar Sturm, Moderator der Veranstaltung und Vertreter des unabhängigen Trägers „Gesellschaft für Bürgergutachten“. Es geht um das Problem, dass die Kosten für die Krankheitsbehandlungen oft ums Vielfache die Kosten für Gesundheitsaufklärung und Vorsorgeuntersuchungen übersteigen.

Mehr Transparenz

Nach den Fachvorträgen haben die Teilnehmer in Kleingruppen Themen wie die Finanzierung des Gesundheitswesens genauer untersucht. Es ging unter anderem um Patientenkonten und mehr Transparenz durch Rechnungen für jeden Versicherten.

Heute wird das Bürgergutachten, ein Endprodukt des arbeitsintensiven Prozesses, erstellt. Zusammengefasst mit den Ergebnissen der gleichen Tagungen in acht weiteren bayerischen Städten, wird es dem bayerischen Gesundheitsminister vorgelegt. In ein bis zwei Jahren soll die Rückmeldung kommen, inwiefern die Anregungen bei den politischen Entscheidungen mitberücksichtigt wurden.

Das Gutachten wird auf den Webseiten der Gesellschaft für Bürgergutachten sowie des bayerischen Gesundheitsministeriums zu lesen sein.

Ella Schindler

Augsburger Allgemeine vom 19. Februar 2004



Viele Facetten des Gesundheitswesens, der Prävention und der gesunden Ernährung lernten die Teilnehmer des Bürgergutachtens kennen. Projektleiter ist Hilmar Sturm (li.). AZ-Bild: Wall

„Nicht nur jammern, sondern sich engagieren“

Augsburger arbeiten am Bürgergutachten Gesundheit mit

(ms). Im Verwaltungszentrum an der Blauen Kappe rauchen die Köpfe. Aber nicht die der städtischen Angestellten. Hier sind Augsburgers selbst gefragt. Für den Freistaat erarbeiten sie ein Bürgergutachten Gesundheit. Vier Tage dreht sich alles um Themen wie Vorsorgeuntersuchungen, Volkskrankheiten oder Leistungen der Kassen.

Der Weg zum Experten im Gesundheitswesen ist steinig. Vier Tage lang sind die 50 Augsburgers täglich in zwei Gruppen im Einsatz. Von morgens 8 Uhr (die andere Gruppe fängt um 9 Uhr an) bis 16.30 Uhr stehen Vorträge von Fachleuten aus verschiedenen Gebieten auf dem Stundenplan. Dozenten von den Krankenkassen, Ärzte, Heilpraktiker und Ernährungsberater sprechen zu ihren Spezialthemen und machen die Laien fit in Sachen Gesundheitswesen. Dann wird in Kleingruppen beraten und die Teilnehmer arbeiten die Aspekte heraus, die sie für wichtig halten – zum Beispiel gesunde Ernährung in der Schule oder Reduzierung der Luftschadstoffe.

„Wir hatten zum Beispiel das Thema Impfmüdigkeit in der Bevölkerung, das wurde sehr kontrovers diskutiert“, berichtet Birgit Strobl. Die Bürofachfrau ist eine der rund 400 Augsburgers Bürger und Bürgerinnen, die nach dem Zufallsprinzip angeschrieben wurden. „Ich habe spontan ja gesagt, schließlich bringt mir das ganz bestimmt etwas“, sagt sie. „Nicht immer nur jammern, selber mal nachdenken und sich engagieren“, ist die Devise von Traute

Hönig. Die Rentnerin glaubt, dass es sinnvoll ist, auch einmal die einzubeziehen, die letztlich von Gesundheitsreformen betroffen sind. Sie hofft, dass die erarbeiteten Vorschläge umgesetzt werden. „Wir bekommen in zwei Jahren einen Bericht, da soll drinstehen, was wirklich passiert ist“, erläutert sie.

Wenig Hoffnung, dass sich die Arbeit der Bürgergutachter irgendwie auswirkt, hat Birgit Daub. Und auch Boda Neumaier fragt sich, „für was wir uns die Arbeit machen, wenn doch kein Geld da ist, um etwas umzusetzen“. Aber es gibt auch andere Stimmen: „Schön, dass endlich mal der Bürger gefragt wird“, sagt Felix Pflug, der im „wahren Leben“ Elektrotechniker ist.

400 000 Euro Kosten

Nach dem Bürgergutachten Verbraucherschutz wird nun der Bürger in Sachen Gesundheit mit eingebunden. In allen Bezirken des Freistaats liefen diese Runden bereits, Augsburg ist letzte Station. Rund 400 000 Euro kostet das Beteiligungsverfahren, wie die Projektleiter Hilmar Sturm und Christian Weillmeier informieren. Die Teilnehmer bekommen rund 130 Euro für die vier Tage.

Am heutigen Donnerstag, dem letzten Tag der Bürgerarbeit, kommt Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller nach Augsburg, um sich einen persönlichen Eindruck zu machen. Im Juni wird das fertige Gutachten an das Staatsministerium weitergeleitet. [www](http://www.gesundheitsministerium.de)

Süddeutsche Zeitung, München, vom 19. Februar 2004

Frau Krause ist das Schimpfen eigentlich leid. Oben, im neunten Stock, blickt sie auf die Stadt hinunter und beklagt, wie sehr dort immer gejamert werde. Hier, im Konferenzraum des Augsburgers Verwaltungszentrums, habe man endlich einmal die Möglichkeit, nicht nur zu stänkern, sondern auch zu gestalten. Frau Krause, 53 Jahre alt, ist daher „ganz begeistert“ von der Veranstaltung, die auf eine Initiative des ehemaligen bayerischen Verbraucherministers Eberhard Sinner zurückgeht. Gemeinsam mit 50 anderen zufällig ausgewählten Menschen erarbeitet sie Möglichkeiten, wie dem kranken Gesundheitssystem noch zu helfen ist. Am Ende soll den Politikern ein 160-seitiges „Bürgergutachten“ vorgelegt werden.

Mit der Veranstaltung in Augsburg geht die Initiative am heutigen Donnerstag zu Ende – ob sie fortgesetzt wird und der Freistaat noch einmal 400 000 Euro locker macht, ist unklar. Aus dem ersten Bürgergutachten zum

Gestalten statt stänkern Erfolgreiche Initiative „Bürgergutachten“ geht heute zu Ende

Thema „Verbraucherschutz“, das im Juni 2002 vorgelegt wurde, sind zwar mehrere Bürger-Ideen zur Minimierung von Mobilfunkrisiken in die Gesetzgebung eingeflossen. Der unmittelbare Effekt auf die Landespolitik ist allerdings bisher eher gering. Unabhängig davon haben die Organisatoren Christian Wellmeier und Hilmar Sturm aber „unglaublich viel Begeisterung“ bei den beteiligten Bürgern festgestellt: Die politische Kultur werde durch Veranstaltungen wie das Bürgergutachten gestärkt. 16 Mal haben sie willkürlich ausgewählte Menschen aus acht verschiedenen bayerischen Städten per Brief zur Teilnahme an den Arbeitsgruppen aufgefordert – 16 Mal hatten sie „überhaupt keine Probleme“, die erforderlichen

50 Menschen zusammenzubekommen. „Manchmal schien es uns fast so“, sagt Wellmeier im Rückblick, „dass viele auf so eine Möglichkeit der Beteiligung geradezu gewartet haben.“ Dabei ist die ganze Sache mit Aufwand verbunden: vier Tage komplexe Themen bearbeiten, vier Tage diskutieren, vier Tage Ergebnisse vortragen. Der Verdienstoffall der Teilnehmer wird erstattet, doch einen Extraplohn gibt es nicht. Trotzdem nahmen bisher 800 Männer und Frauen an den Veranstaltungen teil: Der jüngste war 16, der älteste 90 Jahre alt.

Traute Hönig, die mit 67 Jahren dieses Mal zu den Ältesten in der Arbeitsgruppe gehört, hält ihre Teilnahme sogar für „eine Bürgerpflicht“. „Wir müssen uns endlich mal einbringen für un-

ser Land“, sagte sie. Frau Hönig und die anderen Teilnehmer haben während des ersten Tages über Arztbesuche diskutiert – und dabei beschlossen, dass einer, der extrem leidet, auch stärker zuzahlen soll. Eine Anregung, die mancher Politiker sicher gerne aufnehmen wird – und das in der Gewissheit, damit die Mitte der Bevölkerung zu repräsentieren. Denn genau die ist es, die in Augsburg am Tisch sitzt: Menschen aus allen Altersgruppen, allen Schichten, allen Berufsfeldern. Wenige sind politisch engagiert, andere sind nicht einmal in einem Sportverein.

„Ein repräsentativer Querschnitt der Gesellschaft“, sagt Wellmeier. Damit die Putzfrau nicht erstarrt, wenn sie mit einem Chefarzt am Tisch sitzt, wird allerdings verschwiegen, was die Teilnehmer für Jobs haben. Nur durch diese offene Atmosphäre könne herausgearbeitet werden, was oft genug im Unklaren bleibe, sagt Wellmeier: der Bürgerwille nämlich. Guado Kleinhubbert



Bundespräsident Johannes Rau lässt sich auf einer Tagung in Berlin von Staatssekretärin Emilia Müller Ansatz und Ziele des Bürgergutachtens für Gesundheit anhand eines von Bürgergutachtern gestalteten Präventionsplakates erklären (26. Mai 2004)